

doch verabredet war, die Versammlungen Abends abzuhalten. Das Leipziger Parteiorgan hat natürlich gegen diese Sonderstellung der Schneidergewerkschaft energisch Stellung genommen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird von Schaal begründet, von Altermann bekämpft und angenommen.

Mohs berichtet, daß die Schneider im Jahre 1895 vor dem Festzuge eine Versammlung abgehalten hätten.

In seinem Schlußwort hebt Bebel hervor, daß der Antrag Timm nur dann annehmbar sei, wenn das Wort „möglichst“ aufgenommen wird (Timm: Ist geschehen). Redner wendet sich gegen die Ausführungen Braun's. Wenn der Satz gestrichen wird, dann müssen wir Alle feiern. Sonst begehen wir ja alle nach Braun's Ansicht die Maitfeier nicht würdig. Der Antrag Braun ist unannehmbar.

Das Amendement Mohs-Timm wird abgelehnt.

Die Resolution Bebel wird gegen 2 Stimmen angenommen.

Der Antrag 87 wird abgelehnt.

Es folgt Punkt 6: **Der internationale Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongreß in London 1896.**

Berichterstatter Bebel: Parteigenossen! Sie werden vielleicht verwundert darüber gewesen sein, daß ich für 2 aufeinander folgende Punkte als Berichterstatter aufträte. Ihre Verwunderung ist berechtigt. Ich selbst sträubte mich dagegen, das Referat zu übernehmen, aber da die Parteileitung es nun einmal wünschte, habe ich als fügsamer Mensch (große Heiterkeit) doch das Referat übernommen. Nach dem Beschlusse des Züricher Kongresses von 1893 wird 1896 der internationale Arbeiterkongreß in London abgehalten werden. Die Tagesordnung des Kongresses läßt sich leider noch nicht angeben, da die Arrangements bisher noch nichts hierüber veröffentlicht haben. Nach einem Beschlusse von Zürich wird allerdings unter anderem die Agrarfrage verhandelt werden. Hier scheint es freilich ausgeschlossen, daß bei der großen Verschiedenheit der in Betracht kommenden Länder es zu einer Diskussion eines agrarischen Spezialprogramms kommen wird. Es wird sich wahrscheinlich nur darum handeln, was die prinzipielle Stellung der Arbeiter der Kulturwelt in Bezug auf die Agrarfrage sein soll.

Die Beschickung des Londoner Kongresses wird nur dadurch ein neues Gesicht bekommen, daß die Gewerkschaften, insbesondere die älteren englischen Gewerkschaften, mehr als bisher werden vertreten sein, und zwar haben sie selbst den Antrag, sie als Gewerkschafter zuzulassen, gestellt. Wie sich die deutschen Gewerkschaften dazu stellen werden, muß man ihnen selbst überlassen. Unsere Vereinsgesetzgebung wird auf die Art der Beschickung bestimmend sein. Infolge der wahrscheinlich starken Beteiligung der englischen Gewerkschaften kommen vielleicht Fragen auf die Tagesordnung, die die Gewerkschaften im Allgemeinen mehr als bisher interessieren und sie zwingen werden, dazu Stellung zu nehmen. Die Beschickung des Londoner Kongresses wird allerdings wesentlich kostspieliger werden, als die Beschickung der bisherigen Kongresse. Es empfiehlt sich daher, sich nach Bezirken oder Provinzen zusammenzuschließen. Ich bitte, die vorgeschlagene Resolution anzunehmen.

Dieselbe lautet:

Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, in Anbetracht der Wichtigkeit, die der nächste in London stattfindende internationale Arbeiterkongreß für die gesammten Klassenbewußten Arbeiter und namentlich für die weitere Entwicklung der internationalen Arbeiterbewegung haben wird, denselben durch Vertreter möglichst zahlreich zu beschicken.

Zu dieser Resolution spricht Grothe-Rostock: Angesichts der Wichtigkeit und gefährlichen Konkurrenz, welche die ostasiatischen, japanischen und chinesischen

Arbeiter, sei es bei uns selbst, sei es durch die in Ostasien selbst betriebene Industrie, auf unsere Arbeiter ausüben werden, ist es vielleicht angebracht, darauf hinzuweisen, daß die deutschen Delegirten die Frage der ostasiatischen Konkurrenz auf dem Londoner Kongreß zur Besprechung bringen.

Die Debatte wird geschlossen.

Antrag 111 wird einstimmig angenommen.

Es folgt Punkt 7: **Schwijssystem, Hausindustrie und Arbeiterschutz.**

Referent Timm: Der Gang der Entwicklung der Dinge in Deutschland zeigt, daß die herrschenden Klassen gegenwärtig für alles Interesse haben, nur nicht für den Arbeiterschutz. Der Reichskanzler Hohenlohe hielt es für nöthig, in seiner Programmrede zu bemerken, es läge im Interesse der Arbeiter selber, daß auf dem Gebiete der Sozialreform ein Stillstand eintritt. Der Präsident des Reichs-Versicherungsamtes, Bödiker, hat jüngst ein Werk über die Arbeiterversicherung in den europäischen Staaten veröffentlicht, worin er die Sozialreform in Deutschland über das Bohnenlied lobt. Von allen Seiten tönt es uns entgegen: Die Arbeiter und Arbeiterinnen sollten zufrieden sein; auf dem Gebiet der Sozialreform ist genügend für sie geschaffen.

Da ist es nothwendig, die sozialen Erscheinungen der Hausindustrie in das Licht der Doffentlichkeit zu ziehen. Die entsetzlichen Zustände, die in ihr herrschen, können nicht verkleinert werden durch Demonstrationen wie am Sedantage. Ich vermag der beschränkten Zeit wegen nicht auf alle Einzelheiten der Hausindustrie einzugehen. Dann ist es auch schwer, über alle Momente genügend Material zu sammeln, da die am schlechtesten bezahlten Arbeiter und Arbeiterinnen der Hausindustrie fast unter Ausschluß der Doffentlichkeit leben. Also nur Bruchstücke kann ich bieten; aber vielleicht giebt gerade das Anlaß, tiefer als bisher in dies Gebiet einzudringen. Die historische Entwicklung der Hausindustrie ist allbekannt. Ich übergehe sie und komme sofort zur Gegenwart. Karl Marx nennt die moderne Hausindustrie die dezentralisirte Großindustrie. Bei ihr findet das Unternehmertum die erwünschte Gelegenheit, aus außerordentlich billigen Arbeitskräften die größten Arbeitsquanten herauszupressen. Betrachten wir ihre verschiedenen Formen. Da haben wir zunächst den hausindustriellen Kleinmeister, der theils für Kunden, theils für die Unternehmer arbeitet. Weiter haben wir die Hausindustrie auf dem Lande. Hier sind die Arbeiter an die Scholle gefesselt und bieten bei ihrer Bedürfnislosigkeit dem Unternehmer außerordentlich billiges Arbeitsmaterial. In der Hausindustrie finden überhaupt alle sozial rückständigen Schichten der Bevölkerung mit den niedrigsten Bedürfnissen ihre Zuflucht. Der Arbeiterzustrom vom Lande nach den Städten findet in der Hausindustrie hauptsächlich Unterkunft und Verwendung. Der Unternehmer sucht in der Hausindustrie alle die gefeglichen Verpflichtungen abzuschütteln, die der großindustrielle Fabrikunternehmer hat. Der Unternehmer in der Hausindustrie erspart die Kosten des Arbeitsraumes, der Betriebsmittel und der Verpflichtungen der Sozialreform. Außerdem wälzt er erfolgreich das ganze Risiko der Krise größtentheils auf die Schultern der Arbeiter ab. Der Unternehmer kümmert sich nicht darum, ob die Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind oder nicht.

Aus der Hausindustrie des Kleinmeisters hat sich nun eine andere Form entwickelt. In vielen Branchen bildet sich das Sweating- oder Schwijssystem aus. Es ist folgendermaßen entstanden. Früher beschäftigten die Unternehmer einzelne hausindustrielle Arbeiter. Die Arbeit steigerte sich, und nun suchten die Unternehmer die fähigsten Arbeiter heraus und gaben ihnen die Arbeit in erster Linie. Die Arbeiter wurden allein nicht fertig. Sie engagirten wieder Arbeiter. Das lag in ihrem Interesse und in dem der Unternehmer. Die Betriebsunternehmer hatten den Vortheil, nur mit wenigen Arbeitern zu thun zu haben. Andererseits konnte in der Saison ein großes Arbeitsquantum fertig

gestellt werden. Der Lohn, den die Zwischenmeister erhielten, blieb der gleiche, wie bei den früheren einzelnen Hausindustriellen. Wollte der Zwischenmeister einen Gewinn herauszuschlagen, so mußte er auf die Löhne der von ihm beschäftigten Arbeiter drücken. Der wirkliche Arbeitslohn verkleinerte sich immer mehr und die Wirkungen verallgemeinerten sich. Die Arbeiter und Arbeiterinnen gerieten in eine sich stetig steigende Abhängigkeit. Aus dem Zwischenmeister entstand der Schwitzmeister. Diejenige Form der Hausindustrie war erreicht, welche die Arbeiter zu ungeheurer Ausdehnung der Arbeitszeit und außerordentlichster Anspannung ihrer Kräfte zwingt, sie den denkbar niedrigsten Lohn vom Zwischenmeister beziehen, in ungesunden Arbeitsräumen dahinsiechen läßt und das ganze Risiko der Krise auf ihre Schultern legt. Das ist die Ursache, weshalb das Schwitzsystem sich immer weiter verbreitet.

Ich will nur die wichtigsten Industrien durchgehen, wo diese Erscheinung hervortritt. In der Weberei, die heute sich im Uebergangsstadium von dem hausindustriellen Betrieb zum großkapitalistischen befindet, besteht noch der alte Grundsatz, daß der Hausweber wenigstens einen bestimmten Bruchtheil, etwa $\frac{2}{3}$ des Lohnes, den er bekommt, an seinen Arbeiter abführt. Das Zwischenmeisterystem findet sich hier in den Faktoren begründet, Personen, die die Arbeit zwischen den Großindustriellen und den Hauswebern vermitteln. Die Weber nennen das System Schlumpssystem. Der Umfang dieses Faktorewesens mit seinen verderblichen Wirkungen ist ganz beträchtlich. Nach dem Bericht des Bürgermeisters Dr. Ebeling wurden 1890—91 von Meeraner Firmen ca. 14 000 Handweber beschäftigt, derselbe Bericht besagt aber, daß in Meerane nur 1422 Handstühle gehen, demnach werden 12 678 Handweber durch Faktore außerhalb beschäftigt. Diese fürchterliche Konkurrenz haben die Meeraner Weber auszuhalten. Kein Wunder, daß die Verhältnisse dort höchst traurig sind. Gerade hier wird bei außerordentlich langer Arbeitszeit ein Lohn herausgeschlagen, der zum Existiren unzulänglich ist. Dr. Gustav Lange bemerkt in seinen Untersuchungen über die Hausindustrie Schlesiens, daß die große Mehrzahl der Weber Schlesiens nicht über einen wöchentlichen Verdienst von 6—6 $\frac{1}{2}$ Mk. hinauskommen. Ähnlich steht es in der Portefeulle-, Leder- und Galanteriewaaren-Industrie, Branchen, in welchen in der Saison in der Hausindustrie vom frühen Morgen bis zum späten Abend gearbeitet wird, wo die Wohnräume unzulänglich sind, weil in denselben Räumen die Produkte getrocknet werden und die Arbeiter alle hier entströmenden Dünste einathmen. Die Löhne sind hier minimal, sie betragen nach einer neueren Gewerkschafts-Statistik bei zwölfstündiger Arbeitszeit wöchentlich durchschnittlich 15 Mk., wovon noch eine Summe für Nebenausgaben abgeht. Auch hier berücksichtigt der Unternehmer möglichst die hausindustrielle Form, weil sie ihm weniger Schereerei macht. Charakteristisch ist die Stadt Offenbach, wo ein großes Geschäft 200 Arbeiter in Werkstätten und 400—450 außerhalb beschäftigt. Der Minimallohn betrug für Arbeiter 8—9, der Durchschnittslohn 15, der höchste Lohn 24 Mk., für Arbeiterinnen 4 Mk., 7,50 Mk. und 12 Mk. bei 10—14stündiger Arbeitszeit. Auch in der Sattlerei ist das Schwitzsystem sehr entwickelt, ebenso in der Schirmindustrie, wo die Löhne außerordentlich niedrig sind. Besonders schlimm steht es in der Thüringer Spielwaaren-Industrie. Eine Familie schlägt in einzelnen Branchen bei anspannender Arbeit wöchentlich nur 6—8 Mk. heraus. Die Wohnräume sind so schlecht wie möglich. In Schlesien haben die sozialen Zustände das niedrigste Niveau erreicht, besonders in der Konfektionsbranche. Die Unternehmer, die kürzlich in so außerordentlich patriotischer Weise das Sedanfest gefeiert haben, haben allen Grund dazu gehabt, da ihre Industrie in Folge des Krieges einen großen Aufschwung nahm, aber die Arbeiter leben hier in Verhältnissen, die so schlimm sind wie nirgendsw.

Von Jahr zu Jahr wird es mit der Zwischenmeisterei schlimmer. Die Werkstätten werden von den Unternehmern mehr und mehr aufgehoben; sie verlegen die Produktion in die Hausindustrie. In der Konfektion ist gegenwärtig ein neues Ausbeutungssystem in der Entwicklung begriffen: das Kontraktorensystem; es besteht darin, daß der einzelne Betriebsunternehmer möglichst nur mit einer Person zu thun hat, mit dem Kontraktor. Dieser, eine kapitalkräftige Person, bekommt gegen Kontrakt ein bestimmtes Waarenquantum und sorgt für die Herstellung der Sachen. Der Kontraktor vergiebt die Waaren wiederum an den Zwischenmeister, welcher sie einrichtet, das nöthige Zubehör beilegt und die Sachen dann entweder in seinen Werkstätten oder in der Hausindustrie anfertigen läßt. Also jedes Stück durchläuft eine Reihe von Händen. Jeder berechnet sich seinen Gewinnantheil. Die wirklichen Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten aber den niedrigsten Antheil; auf ihre Schultern wird der ganze Druck abgewälzt. So vermehrte sich mit der Entwicklung dieser Industrie die Zahl der Zwischenglieder, welche zwischen Unternehmer und Arbeiter treten. Der Fabrikant selbst kennt oft das Glend der Arbeiter gar nicht, und deshalb waren die offiziellen Erhebungen aus den Jahren 1885/87, obgleich sie ein schauerliches Bild ergaben, doch vollständig täuschend, weil sie sich stützten auf Nachfragen bei Fabrikanten, in deren Büchern allerdings bedeutend höhere Posten als Arbeitslöhne verzeichnet sind, als ihn die Arbeiter in der That erhalten. Die Fabrikinspektionsberichte sprechen sich über das Glend in der Konfektion mehrfach sehr deutlich aus. So berichtet der Elberfelder Beamte, daß die Beamtenfrauen und Töchter auf den Lohn der Arbeiter drücken. Auch wurde konstatiert, daß, wo die Prostitution vorkommt, sie nur die Folge der elenden Lage der Arbeiterinnen ist. So ist es seit langer Zeit, und doch steht noch heute unsere Arbeiterschutzgesetzgebung auf dem Standpunkte, daß sie für die Hausindustrie nichts thun kann und darf. Mit den Arbeitern direkt hat der Unternehmer nichts zu thun. Die Arbeiter verlieren bei den oft selbst in elender Lage lebenden Zwischenmeistern oft den Lohn, und die Gerichtsverhandlungen zeigen, um welche Beträge und um was für Löhne es sich da handelt. 80 Pfennige, 1,50 Mk. sind da Streitobjekte; wie muß die Lage der Leute sein, die wegen solcher Beträge Prozesse anstrengen? Ein anderer Mißstand ist der, daß in der Stapelwaarenbranche Leute zu Zwischenmeistern geworden sind, die von der Schneiderei gar nichts verstehen, sondern meist lediglich durch die Heirath mit einer Schneiderin oder Konfektionsarbeiterin in diese Branche gekommen sind. Da sind alle Stände vertreten, die man sich denken kann.

Am meisten gedrückt sind natürlich die Arbeiterinnen. In den letzten fünf Jahren sind die Löhne um die Hälfte zurückgegangen, und wenn heute eine Konfektionsarbeiterin einen Durchschnittslohn von 10 Mk. hat, so ist er gut. Die Konfektionsgeschäfte machen oft einen recht elenden Eindruck, und doch ist ihr Verdienst gar nicht so gering. Die Arbeiterinnen wissen oft nicht einmal, was die Zwischenmeister als Lohn erhalten. Freilich ist mit der Zeit auch die Stellung der Zwischenmeister ungünstiger geworden. Unter den fortwährend Lohnabzügen haben nämlich auch die Meister zu leiden, aber den Hauptschaden haben doch die Arbeiterinnen, die nicht selten am Ende der Woche viel weniger Lohn erhalten, als ihnen am Anfang versprochen wurde. Die Zahl der Konfektionsarbeiterinnen ist ganz bedeutend; so haben wir allein in der Berliner Ortskrankenkasse 19 000 Mitglieder. Meine Broschüre über das Schwitzsystem ist Ihnen übergeben worden; dort können Sie eine ganze Menge Beispiele zur Illustration der Lage der Konfektionsarbeiterinnen sammeln und sie nach Wunsch ergänzen.

Gegen die Beaufsichtigung der Werkstätten der Heimarbeiter ist oft eingewandt worden, dazu seien viele Beamte nöthig. Ich denke, daß man für

kulturelle Aufgaben doch wohl ebensoviel Tausende ausgeben kann als für kulturwidrige Zwecke, wie für den Militarismus Millionen. Freilich suchen sich manche Kleinmeister dagegen zu wehren, aber wir haben es gar nicht zu bedauern, daß die Kleinmeister mehr und mehr verschwinden; man kann seine Weiterexistenz nur durch die Schädigung der Arbeiter und Arbeiterinnen ermöglichen. Die sogenannte Freiheit des Heimarbeiters sieht in der Praxis anders aus, als man denkt. Es ist die Freiheit, Tag und Nacht arbeiten zu müssen. Wir können eine etwas günstigere Entwicklung nur dadurch ermöglichen, daß wir den Unternehmer zwingen, größere Betriebe und Arbeitsräume selbst einzurichten. Gegenwärtig nimmt die Hausindustrie im Allgemeinen zu, und das ist die Wirkung davon, daß die Kinder- und Frauenarbeit in Fabrikbetrieben etwas abnimmt. In dem Bericht des Gewerbeinspektors für Frankfurt a. M. heißt es darüber:

„Es sieht zu befürchten, daß ein großer Theil der bisher in Fabriken beschäftigten Kinder der Hausindustrie zufällt, wo theilweise unter erheblich ungünstigeren Verhältnissen gearbeitet wird als in der Großindustrie.“

Der Gewerbeinspektor des Regierungsbezirks Minden sagt in seinem Bericht darüber:

„Daß hier der Kinderschutz die Kinder aus den Fabriken in die Hausindustrie mit ihren oftmals unhaltbaren Verhältnissen gedrängt hat, ist schon wiederholt angeführt worden: nuncmehr zeigt sich der Vorgang auch bei den erwachsenen Arbeiterinnen.“

Diese Berichte konstatiren den Mangel der Arbeiterschutz-Bestimmungen; die schieflichsten Mißstände bleiben unberührt. Besonders bedenklich ist die Verbreitung von ansteckenden Krankheiten durch die Kleidungsstücke, die in den elenden Werkstätten hergestellt sind. Ueberall, wo Untersuchungen stattgefunden haben, wird der gesundheitschädliche Einfluß der Hausindustrie konstatiert. Ein großer Theil der hier beschäftigten Personen geht an Lungenkrankheiten zu Grunde. Emanuel Hans Say konstatiert in seinen Untersuchungen über die Hausindustrie in Thüringen, daß in Sonneberg 44 pSt. der Hausindustriellen, welche über 15 Jahre alt sind, an Lungenkrankheiten zu Grunde gehen. Es ist deshalb durchaus nothwendig, daß wir uns endlich damit befassen und für eine Besserung auf diesem Gebiete einzutreten. Der Bundesrath kann schon jetzt auf Grund der Bestimmungen der Gewerbeordnung bessernd eingreifen. Er hat aber bisher keinen Gebrauch davon gemacht. Es ist Zeit, daß die Fraktion im Reichstage auf diesem Gebiete helfend eintritt. Die Arbeiter haben hier nichts mehr zu verlieren, es muß eine gemeinsame Agitation stattfinden, die Massen müssen aufgerüttelt werden, der Gesellschaft muß ihr Spiegel vorgehalten werden. Dazu brauchen wir nicht allein die Sympathie, sondern auch die thatkräftige Unterstützung aller Genossen. Andere Länder haben auf diesem Gebiete schon Erfolge aufzuweisen, z. B. England, bei uns in Deutschland aber besteht kein Verständniß dafür, obgleich die Hausindustrie bei uns sehr entwickelt ist. Die Kommunen, wo die liberalen Stadtväter herrschen, wollen nicht vorangehen. Wie schlimm es mit dem Schwitzsystem in der Hausindustrie steht, sieht man daraus, daß hier sogar noch billiger fabrikt wird als in Zuchthäusern und Gefängnissen. Wir müssen den Staat zwingen, die Vorschriften zu erlassen, die nothwendig sind, eine Degeneration des Volkes zu verhindern. Jetzt wird durch die Hausindustrie ein Lumpenproletariat erzeugt, das den Kampf nicht bestehen kann. Ich bitte Sie deshalb, meine Resolution anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Die vom Referenten vorgeschlagene Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die moderne Hausindustrie ist die dezentralisirte Form des kapitalistischen Großbetriebes. In der Hausindustrie vermag der kapitalistische Unternehmer die Ausgaben für die Betriebswerkstätten, die Hilfsstoffe, für Beheizung und

Beleuchtung auf die Arbeitskräfte abzumwälzen, die Ausgaben für die vorchriftsmäßige Beschaffenheit der Arbeitsräume und für die verschiedenen Arten der Arbeiterversicherung zu vermeiden, kann er die billigen und widerstandsfähigsten Arbeitskräfte — Frauen und Kinder — in weitestem Umfange der rücksichtslosesten Ausbeutung dienstbar machen und dadurch auf die Arbeitsbedingungen der übrigen Arbeiter einen Druck ausüben.

Bei längster Arbeitszeit, schlechtesten Arbeitsbedingungen und niedrigsten Löhnen preßt der Kapitalist den hausindustriellen Arbeitern die höchsten Leistungen ab.

Die durch den hausindustriellen Betrieb ermöglichte Stelle des Zwischenunternehmerthums, des Zwischenmeisters, Sweater, treibt die Ausbeutung der Heimarbeiter und Arbeiterinnen auf die Spitze und verschärft die Uebel der Hausindustrie aufs äußerste.

Die Hausindustrie überliefert ganze Schichten der arbeitenden Bevölkerung der Verelendung, dem körperlichen, geistigen und sittlichen Verkommen; insbesondere zwingt sie durch Hungerlöhne Tausende von Arbeiterinnen, in der Prostitution einen ständigen Nebenerwerb zu suchen.

Die den bescheidensten Ansorderungen eines Kulturmenschen ins Gesicht schlagende Erbärmlichkeit der Erwerbs- und Lebensverhältnisse der Arbeiter in der Hausindustrie und der Umstand, daß dieselben meist isolirt schaffen, erschweren und hindern den gewerkschaftlichen Zusammenschluß, damit den Kampf für menschenwürdige Arbeitsbedingungen.

Der in Breslau versammelte Parteitag der deutschen Sozialdemokratie erklärt es deshalb für Pflicht der Arbeiterklasse, durch den politischen und gewerkschaftlichen Kampf mit aller Energie den Mißständen der Hausindustrie entgegenzutreten.

Der Parteitag beauftragt die Vertreter der Partei im Reichstage zu fordern:

1. Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie und Schaffung besonderer Vorschriften, wie solche heute für die Tabakindustrie bestehen.

2. Kontrolle aller hausindustriellen Betriebe durch männliche und weibliche Aufsichtsbeamte, welche Exekutivgewalt besitzen und mindestens zur Hälfte aus den Kreisen der Arbeiter und Arbeiterinnen entnommen werden.

Weiter erklärt es der Parteitag für Pflicht der Genossen, den planmäßigen Kampf der Gewerkschaften für die Beseitigung des Zwischenmeistersystems, für die Errichtung von Betriebswerkstätten und die Einführung fester Löhne zu unterstützen.

H. Hohrloch und Genossen stellen hierzu folgenden Antrag:

„Zur praktischen Durchführung der von unserer Partei verlangten gesetzlichen Bestimmungen gehört der Druck von unten. Daher ist es eine unerläßliche Nothwendigkeit, durch energische Agitation in den breitesten Schichten des Volkes Klarheit über die Fragen 1) der Erweiterung des Fabrikinspektorates im Sinne des Antrages 96, 2) im Sinne des Referates Timm zu schaffen, und der Parteitag verpflichtet deshalb den Partei-Vorstand, eine solche Agitation in der nächsten Zeit in Szene zu setzen.“

Außerdem liegt von Timm folgender Antrag (129) vor:

Der Parteitag beauftragt die sozialdemokratischen Reichstags- und Landtags-Abgeordneten, sowie die Vertreter in den Kommunal-Verwaltungen, energisch einzutreten für die ausschließliche Vergebung aller Staats- und Kommunalieferungen an Unternehmer, welche Betriebswerkstätten unterhalten, die allen gesetzlichen Vorschriften entsprechen.

Reißhaus-Erfurt: Ich glaube in der zur Tagesordnung stehenden Frage Erfahrungen gemacht zu haben, da ich auch Zwischenmeister gewesen und

seit ca. 20 Jahren in der Konfektion thätig bin. Aber trotzdem kann ich alles unterschreiben, was Genosse Timm gesagt hat; ich will mir nur wenige Erläuterungen gestatten. In Erfurt haben mit Ausnahme von drei Konfektionsgeschäften alle anderen Betriebswerkstätten, die zum Theil von Zwischenmeistern geleitet werden. Die Werkstätten sind gut eingerichtet, dafür müssen die Zwischenmeister an den Geschäftsinhaber einen bestimmten Theil ihres Lohnes abgeben. Ein Geschäft hat eine Betriebswerkstätte, welche mit allen modernen technischen Hilfsmitteln ausgestattet ist, und werden in dieser unter Leitung von fest besoldeten Zuschneidern ca. 80 Arbeiterinnen beschäftigt. Die Konfektionsgeschäftsinhaber haben dadurch den eminenten Vortheil, daß sie die Arbeiter zur rechten Zeit zur Verfügung haben. Die Hausindustriellen haben den Gipfel ihrer Leistungsfähigkeit erreicht, sie können bei der Kürze der Saison nicht das liefern, was der Fabrikant braucht, und deshalb ist derselbe gezwungen, sich einen Stamm von Arbeitern zu halten. Die industrielle Entwicklung zwingt die Unternehmer wider ihren Willen zur Errichtung von Betriebswerkstätten. Die in der Resolution verlangte Ausdehnung des gesetzlichen Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie haben wir jetzt schon bei denen, die über 10 Arbeiter beschäftigen. Diese werden als Fabrikunternehmungen betrachtet, wenigstens in einzelnen Gegenden. Das eigentliche Schwitzsystem besteht nur in der Herrenkonfektion, in der Damenmäntelbranche ist es noch nicht so weit gekommen, aber auch hier zwingt die Entwicklung die Unternehmer, die kleinen Zwischenmeister zu beseitigen. Wenn behauptet wird, die Zwischenmeister befänden sich immer in einer angenehmen wirtschaftlichen Lage, so trifft dieses nicht zu. Von einem kleinen Prozentsatz läßt sich dieses behaupten, aber die größere Zahl derselben ist in eine so elende Lage gerathen, daß es für sie ein Segen wäre, wenn sie gezwungen würden, in Werkstätten zu arbeiten. Sie konnten die Arbeitslöhne der Arbeiter nicht weiter herabdrücken, weil sie schon so niedrig wie möglich sind. Der Zwischenmeister mußte den Löwenantheil des Ausfalles der gesunkenen Arbeitslöhne und der Ausgaben für die sogenannte Sozialreform tragen. Es ist also falsch, wenn man annimmt, der Zwischenmeister befinde sich in einer glänzenden Lage. Es ist gut, wenn das System verschwindet, aber generalisirend können wir hier nicht vorgehen. Im Interesse der Gesellschaft hat der Staat die Pflicht, die Zustände zu untersuchen und helfend einzugreifen. Ich möchte noch hinzufügen, daß es nöthig ist, die Bestimmungen, die für die Tabakindustrie gelten, auch für die Hausindustrie einzuführen. Durch die Einführung dieser Bestimmungen würde eine ganze Anzahl kleiner Zwischenmeister verschwinden müssen, zu ihrem eigenen und zum Heile der Arbeiterinnen. Ich werde einen dahingehenden Zusatzantrag stellen und stimme im Uebrigen der Resolution Timm zu. (Beifall.)

Dr. Quarc: Ich begrüße es, daß wir auf einem Parteitag ein gewerkschaftliches Thema haben. Ich begrüße es ferner, daß die Vorredner sich so energisch gegen die Proletarisierung weiter Volksschichten gewendet haben. Das ist noch eine kleine Genugthuung für uns. Zur Sache selbst möchte ich drei Anregungen für die Praxis geben, statt auf betriebstechnische Einzelheiten einzugehen. Es müßte durch die Gewerkschaften vom Bundesrath verlangt werden, daß er erklärt, ob die Konfektionswerkstätten von den Fabrikinspektoren zu revidiren sind oder nicht. Jetzt wird die Sache beinahe in jedem Bundesstaat anders gehandhabt. Die Ausdehnung des Arbeiterschutzes auf die Hausindustrie wird große Schwierigkeiten zu überwinden haben. Die Gewerkschaften müßten spezielle Vorschläge machen, wie sie sich die Sache denken; wahrscheinlich wird die Kontrolle der Hausindustrie darauf hinauslaufen, daß durch Stichproben den Unternehmern die Sache so verleidet wird, daß sie zur Errichtung von Betriebswerkstätten übergehen. Drittens müßten die einzelnen Branchen mit Hausindustrie einmal der Reichskommission für Arbeiterstatistik einen sanften

Rippenstoß geben, damit sie die Enquete über die Hausindustrie, die seit langer Zeit bei ihr angeregt ist, endlich ausführt.

Den Schluß der Diskussion, den Altermann beantragt und Rohrlack bekämpft, wird angenommen.

Das Schlußwort zu seiner Resolution erhält

Timm: Die Zwischenbetriebe müssen schon aus dem Grunde möglichst beseitigt werden, um die soziale Entwicklung der Industrie zu fördern. Reißhaus gegenüber bemerke ich, daß die Zwischenmeister sich freilich nicht immer in einer guten Lage befinden, aber den Schaden haben schließlich doch die Arbeiter. Die Ausführungen von Quarc leiden daran, daß er sich um praktische Erfahrungen nicht gekümmert hat. Er irrt sich, wenn er glaubt, ich will den „kleinen Bauer“ in der Hausindustrie erhalten, nein, ich will der Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen entgegenreten. Ich will nicht gern schulmeistern, aber wenn Quarc solche unangebrachten Beemerkungen macht, so rathe ich ihm, erst Erfahrungen zu sammeln, bevor er zu schulmeistern versucht. Im Uebrigen stimme ich Quarc zu (Heiterkeit), nur möchte ich noch betonen, daß es Zeit ist, endlich hier Besserung zu schaffen, und das kann nur durch eine Agitation von unten herauf geschehen.

Inzwischen ist das Amendement Reißhaus eingegangen, in Absatz I der Resolution Timm hinter „Hausindustrie“ einzufügen

„und Schaffung besonderer Vorschriften, wie sie schon heute für die Tabakindustrie bestehen“.

Die Abstimmung ergibt die Annahme der Resolution mit dem Amendement Reißhaus, sowie Annahme des Antrages 129; der Antrag Rohrlack wird abgelehnt.

Es wird zu Punkt 8: **Anträge zum Parteiprogramm und Organisation** geschritten. Zur Debatte stehen die Anträge 5, 10—17, 51—58.

Antrag 5 wird genügend unterstützt.

Zur Begründung spricht Timm: Der Antrag ist mit veranlaßt durch das Ergebnis des Frankfurter Parteitages. Bei wichtigen Abstimmungen müssen die Stimmen der Wählerzahl der Delegirten proportional zum Ausdruck kommen. Der Antrag wird diesmal schwerlich angenommen werden, aber die Delegirten können die Anregung in die Wahlkreise mitnehmen.

Stadthagen: Daß das Stimmrecht der Genossen, die bei einer Abstimmung persönlich betheilig sind, ruht, ist selbstverständlich. Daß ferner darin eine Ungerechtigkeit liegt, wenn Vertreter kleiner und großer Wahlkreise dasselbe Stimmrecht haben, ist zwar richtig, und die Schwierigkeit ist bereits bei der Festsetzung des Organisationsstatuts erörtert worden. Aber der Weg, den Sie eingeschlagen, um dieser Schwierigkeit aus dem Wege zu gehen, ist nicht gangbar. Da ginge es schon eher zu bestimmen, daß Wahlkreise von der und der Größe so und so viel Delegirte entsenden dürfen.

Stolten-Hamburg: Es ist wunderbar, daß von Berlin so merkwürdige Anträge kommen. Dieser Antrag ist unannehmbar, denn die jetzt bestehende Ungerechtigkeit wird dadurch nicht verringert, sondern vergrößert. Die kleinen Kreise, die nicht vertreten sein können, kommen dadurch zu kurz. Es läßt sich kein Berechnungssystem durchführen, also bleiben wir vorläufig bei dem alten System. Wenn Sie wirklich gerecht sein wollten, so müßten Sie bestimmen, daß jeder Wahlkreis im Verhältniß zur Zahl der abgegebenen Stimmen Delegirte entsendet.

Emmel-Saarbrücken: Die Berliner haben am allerwenigsten Ursache, sich zu beklagen. 34 Berliner sind anwesend. (Unruhe.) Offenbar verstehen sie es sehr gut, sich aus den umliegenden Wahlkreisen Mandate zu verschaffen. (Widerpruch.) Die großen Wahlkreise sind immer gut vertreten.

Ein Schlußantrag wird angenommen.